

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

24.10.1866 (No. 253)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 24. Oktober.

N. 253.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum. Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† **Hamburg, 23. Okt.** Der „Hamb. Korresp.“ erklärt sich in den Stand gesetzt, die Nachricht: daß zwischen Preußen und dem Herzog von Augustenburg Unterhandlungen wegen Erbverichts gegen Entschädigung im Gang seien, für unbegründet zu erklären.

* **Florenz, 22. Okt.** Die „Nazione“ veröffentlicht Depeschen aus Venedig von gestern, aus welchen erhellt, daß die Feierlichkeit des Plebiszits überall mit der größten Begeisterung und einer ungeheuren Theilnahme vollzogen worden ist. In Venedig haben von 30,000 eingetragenen Wählern 26,180 Ja gestimmt, fast alle mit offenen Abstimmungen. In der Stadt Padua hat man 8000 Abstimmungen gezählt. Auf dem Lande votirten die Farmer an der Spitze der Landleute. Im Bezirk Dolo haben von 7700 zum Wählen Berechtigten 7,170 wirklich abgestimmt. In Udine begann die Arbeitergesellschaft die Feierlichkeit mit der Einsegnung der Fahne; sodann ging die ganze Bevölkerung der Stadt, der sich viele Priester zugesellten, nach den auf den Plätzen aufgestellten Wählurnen. Das Plebiszit ist vom Bischof von Novigo eingeweiht worden. In sämtlichen Landgemeinden war eine außerordentliche Theilnahme bemerkbar.

* **Neapel, 21. Okt.** Bei Gelegenheit des Jahrestages des Plebiszits fanden heute Morgen Demonstrationen statt, unter dem Ruf: „Es lebe das mit Italien vereinigte Neapel!“

† **St. Petersburg, 22. Okt.** (W. L. B.) Der Uebertritt der Prinzessin Dagmar zur orthodoxen Kirche findet am 24. d. M., die Verlobung am 25. d. M. statt. Der Generaladjutant Kaufmann erhielt einen elfmonatlichen Urlaub.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe, 23. Okt.** 64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Regierungskommissären sind anwesend: Der Hr. Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister der Finanzen Mathy, der Hr. Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, der Hr. Präsident des Ministeriums des Auswärtigen, v. Freybois, der Hr. Präsident des Ministeriums des Innern, Dr. Zollp.

Nach Eröffnung der Sitzung wird das neu eingetretene Mitglied Stöcker beidigt. Das Sekretariat zeigt den Einlauf folgender Petitionen an:

1) Gleichlautende Bitte mehrerer Einwohner von Schwetzingen, Heidelberg, Mannheim und Freiburg, die Prekverhältnisse betr.

2) Bitte mehrerer Einwohner von Heidelberg, die Auflösung der Ständekammer betr.

Abg. v. Feder richtet die Interpellation, deren Inhalt wir schon mitgetheilt haben, an den Präsidenten des Kriegsministeriums.

Generalleutnant Ludwig: Bezüglich des ersten Punktes, Ersatz für verlorene Gegenstände betr., war bisher das Kriegsministerium zu besondern Beschlüssen hierüber nicht veranlaßt, indem bei demselben erst drei Bitten einliefen. Das Kriegsministerium war in der Sitzung, wo die Sache besprochen wurde, der Ansicht, daß die Petenten einen rechtlichen Anspruch auf Ersatz nicht hätten, und daß es von unberechenbaren Folgen wäre, wollte dasselbe den Anspruch als rechtlich anerkennen. Wenn die hohe Kammer glaubt, daß mit Rücksicht auf die letzten Kriegsergebnisse speziell die Kriegsverwaltung ermächtigt werden soll, die erlittenen Verluste zu ersetzen und auf das Budget zu verrechnen, so hat die Kriegsverwaltung dagegen nichts zu erinnern.

Den zweiten Theil der Interpellation betreffend, sind die gesetzlichen Bestimmungen der Militärpensionäre im Allgemeinen so gehalten, daß sie befriedigen können. Der Gedanke der Interpellation wird von mir so aufgefaßt, ob ein Soldat, wenn er die geringsten der vorgesehnen Beträge erhalte, bestehen kann. Derselbe kann als Pensionär erklärt werden, wenn er eine schwere Krankheit durchgemacht; er bekommt jährlich 66 fl. oder täglich 11 kr. Ein Verwundeter, der ein Glied, z. B. einen Arm oder Fuß, verliert, bekommt 156 fl. oder täglich 26 kr.; der Soldat, der zwei Glieder verliert, bekommt 240 fl. oder täglich 35 kr. Die letzten zwei Beträge reichen jedenfalls aus; ob auch der ersigennante, gibt zu gerechten Bedenken Anlaß. Aber jeder Soldat, der pensionsfähig ist, hat die Berechtigung, in das Invalidenkorps aufgenommen zu werden, sofern er nachweist, daß er zu Hause sein Fortkommen nicht finden kann. Im Invalidenkorps erhält ein Soldat der ersten Klasse 42 fl. Wage, wovon er 4 kr. täglich in die Menage abgeben muß; es bleiben ihm sodann 3 kr. für den Tag übrig. Diese kann er, wenn er ins Wirthshaus gehen will, verzehren. Dafür hat er Morgens eine gute Suppe, Mittags ein kräftiges Essen mit Wein, ein sehr gutes

Bett, und wird, wenn er krank wird, gut versorgt. Ein Soldat der zweiten und dritten Klasse erhält 79, bezw. 133 fl. oder täglich 13, bezw. 22 kr., so daß ihm nach Abzug des Menagegeldes 9, bezw. 18 kr. übrig bleiben. Trotzdem sind die Anmeldungen zur Aufnahme in das Invalidenkorps nur sehr selten, weil der Mann lieber in seiner Familie lebt. Wir haben vom letzten Feldzug 126 Verwundete; wenn sich diese nicht in das Invalidenkorps aufnehmen lassen, so gewinnt die Staatskasse jährlich 10,000 fl. Verstümmelte, die Glieder verloren haben, bekommen unentgeltlich künstliche Glieder. Allein es ergibt sich immerhin eine gewisse Unbilligkeit, indem Derjenige, welcher beide Augen verloren hat, Demjenigen, dem beide Beine verkrüppelt wurden, gleich behandelt wird, und es wäre deswegen sehr wünschenswert, wenn das Kriegsministerium ermächtigt würde, in besondern Fällen Erhöhung der genannten Beträge bis zur Verdoppelung eintreten zu lassen.

Abg. Kirsner: Wenn in einzelnen Fällen Ersatz für erlittene Verluste gewährt wird, so wird die Kammer die Indemnität nicht verweigern.

Abg. v. Feder dankt für die von der Regierungsbank abgegebene Erklärung. Die Abgg. Friedrich und Kirsner zeigen druckfertige Berichte an.

Der Tagesordnung gemäß beginnt die Berathung des von dem Abg. Oblitger erstatteten Berichts über den Waffenstillstands- und Friedensvertrag mit Preußen. Den Bericht haben wir bereits mitgetheilt.

Abg. Busch: Er theilt im Allgemeinen die Auffassung des Kommissionsberichts. Die politische Lage Deutschlands, wie sie sich in Folge des letzten Kriegs gestaltet hat, sei eine erfreuliche, weil wir dem Einheitsziel näher gerückt sind; erfreulich sei, daß Oesterreich aus Deutschland ausgeschieden ist und der Partikularismus der Kleinstaaten eine Schlappe erlitten habe; erfreulich sei auch, daß der Deutsche Bund gesprengt worden sei. Der Norddeutsche Bund leide an zwei Mängeln, nämlich, daß er sich nicht über den Südwesten Deutschlands ausbreite und daß er keine Garantien bezüglich der Kompetenz des Parlaments biete. Allein es sei durch ihr doch ein Anfang für Bildung eines Bundesstaats gemacht worden und Kom auch nicht an einem Tag entstanden. Die südwestdeutschen Staaten, mit einer Bevölkerung von 8 Millionen, könnten für sich bestehen, wenn sie als einsame Insel im Stillen Ocean lägen; aber sie befinden sich auf dem Kontinent, eingeklinkt zwischen zwei Kaiserstaaten, welche sie, wie zwei Mühlsteine ein paar Fruchtkörner, erdrücken können, wenn nicht der Norden Deutschlands sein Schwert dazwischen streckt. Man müsse deshalb dem Kommissionsantrag zustimmen. Bedingungen für den Anschluß solle man keine stellen; solche seien nur dazu erfunden worden, den Antrag zu erschweren. Redner ist für den baldigen engen und unbedingten Anschluß an Preußen, damit wir Mitglied eines großen, in der Welt Etwas bedeutenden Bundesstaats werden.

Abg. Mall: Er wolle für den Fall eines Anschlusses Bedingungen stellen. Von der Gefühlspolitik müsse man sich entfernt halten und niemals ruhig die Hand in den Schoß legen, um das Verhängnis über sich ergehen zu lassen. Ihm sei es nicht möglich, die Dinge lediglich nach dem Erfolg zu beurtheilen und lediglich aus der Seele auszufahren, was uns früher Alle bewegt hat. Er sei kein Preußenfeind und sei ein solcher niemals gewesen. Es sei ein großer Kampf, ob der Einheitsstaat oder der Föderativstaat besser sei. Partikularistische Interessen lägen ihm fern, aber er halte fest, daß das deutsche Volk es niemals zu dieser Höhe der Bildung und Kunst gebracht wäre, wenn es nicht in kleinen Staaten gelebt hätte. Hätte Preußen nach dem Auscheiden Oesterreichs deutsche Politik treiben und den Föderativstaat anstreben wollen, den er (Redner) für das Beste halte, dann wären wir Alle auf seiner Seite. Die Annexion von Schleswig-Holstein, das niemals mit Preußen im Kampf sich befunden, sei auch eine Sache, die für Preußen nicht begeistern könne. Eine Vereinigung der deutschen Volksstämme sollte auf dem Wege der freien Vereinbarung und gleichen Berechtigung gesucht werden. Wenn auch die Ereignisse über uns hinwegschreiten und wir der Gewalt nachgeben müssen, so könne man doch nicht leichtens Herzens liebgewordene Zustände opfern und Anschauungen aufgeben, die man früher für richtig gehalten habe und jetzt noch halte. Der Norddeutsche Bund biete die Garantien nicht, die er (Redner) für nötig halte. Er wünsche eine Zentralgewalt, neben der ein Parlament stehe, welches gewisse Berechtigungen habe. Er glaube, daß der Norddeutsche Bund ein Interesse habe, Süddeutschland beizuziehen; aber das letztere müsse verlangen, daß ihm gleiche Rechte eingeräumt würden wie Norddeutschland; ein Uebergewicht könne man einem einzelnen Staat über die andern nicht zugehen.

Schließlich stellt Redner einen Antrag, dessen Wortlaut wir morgen mittheilen werden.

Der Herr Präsident des Ministeriums des Innern erklärt hierauf:

Es ist schon von dieser Stelle aus und in Ihrem Kommissionsbericht gesagt, daß und wie der Deutsche Bund aufgehört hat zu bestehen.

Schauen Sie zurück auf die Thätigkeit und Wirksam-

keit des Bundestags, erinnern Sie sich, daß sowohl die Stände als die Regierung des Großherzogthums Baden seit Jahrzehnten auf eine Umgestaltung der Bundesverfassung, auf eine Neugestaltung Deutschlands hinarbeiteten, ja, daß eine solche Neugestaltung von Regierung und Vertretern des Volks schon angenommen war, daß sich die Reichsverfassung von 1849 in unserm Regierungsblatt verkündet findet, daß wir in den folgenden Jahren gegen unsern Willen wieder in die Bundesverfassung hineingezwängt wurden, so ist dieses negative Ergebniß des deutschen Kriegs nicht zu beklagen.

Aber wir führten jenen geistigen Krieg gegen die Bundesverfassung nicht, um das Band, welches die deutschen Staaten und Stämme in Form der Bundesverfassung zusammenhielt, zu lösen, um unsere volle Selbständigkeit zu erobern, sondern an Stelle des lockern Staatenbundes einen wirklichen und engern deutschen Bundesstaat einzufügen.

Für jetzt haben nur die nord- und mitteldeutschen Staaten, jenseits der Main-Linie, einen engern Anschluß, und zwar unter der Führung des größten reindeutschen Staates, gefunden. Die Staaten diesseits des Mains haben ihre volle Selbständigkeit erhalten.

So wünschenswert dieser Zustand an sich für die freie innere Entwicklung eines Staates sein mag, so ist doch in dem Kommissionsbericht mit Recht hervorgehoben, daß die innere Freiheit ohne äußere Selbständigkeit keinen Werth hat, weil mit der Existenz des Staates auch dessen innere Einrichtungen stets gefährdet sind und in jedem Augenblick untergehen können.

Die große Regierung ist nicht so verblendet, zu glauben, daß ein Land von der Größe und Einwohnerzahl des Großherzogthums Baden, gelegen inmitten Europas, an einer Stelle, über welche schon mächtige Heere herüber- und hinüberzogen, durch sich selbst stark genug sei, auf die Dauer seine Existenz und Selbständigkeit zu behaupten; und würde sie dies auch glauben, so würde sie sich der Zusammengehörigkeit des Landes und Volkes mit den andern deutschen Stämmen und Staaten bewußt bleiben und einen engen Bund mit diesen suchen, um die Kräfte des Großherzogthums nicht nur diesem selbst, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande, der ganzen deutschen Nation widmen zu können.

Es stehen, wenn wir von einer Anlehnung an's Ausland absehen, zwei Wege einer Anlehnung an deutsche Staaten und der Eingehung eines Bundes mit solchen Staaten offen.

Die Verträge von Nikolsburg und Prag weisen uns auf die Bildung eines süddeutschen Bundes mit den andern diesseits der Main-Linie gelegenen deutschen Mittelstaaten hin.

Es versteht sich, daß jene Verträge uns nur das Recht einer solchen Verbindung wahren, daß sie keine Verpflichtung zu deren Eingehung sich stellen.

Es ist schon vorgekommen, daß man Staaten, welche einen Staatenbund, oder mit Aufgeben eines Theils ihrer Souveränitätsrechte einen Bundesstaat eingegangen waren, wider ihren Willen in solchem Bunde festgehalten hat, und man könnte uns, gälte es den Deutschen Bund aufrecht zu erhalten, und wären wir einseitig ausgetreten, um einen süddeutschen Sonderbund zu gründen, nach Analogie des Schweizer Sonderbundes und des Nordamerikanischen Krieges gegen die Südstaaten, zum Verbleiben im Deutschen Bunde zu zwingen versuchen.

Aber der Versuch wäre neu und ohne Beispiel in der Geschichte, einen souveränen Staat zur Eingehung eines Bundes nöthigen zu wollen, der zuvor nicht bestanden hat und jetzt nicht besteht.

Es sind nun etwa 3 Monate her, daß die Idee dieses Südbundes das Licht der Welt erblickt hat; es sind wohl seither gelegentliche Anfragen über den Stand der Sache und über unsere Absichten gestellt worden, aber es ist Niemandem beigefallen, uns an eine etwaige Verpflichtung zur Eingehung eines Südbundes zu mahnen.

Zur Eingehung eines solchen Bundes scheint mir nun, von unserm Standpunkt aus betrachtet, weder in dem Wunsch oder Interesse der Mächte, welche bei Abschluß der Nikolsburger Präliminarien und des Prager Friedensvertrags mitgewirkt haben (so sehr wir auch die Rathschläge achten und in Erwägung ziehen mögen), noch in einem fortwährenden Zorn gegen Preußen, noch in einer Antipathie gegen Norddeutschland und das norddeutsche Wesen, wie man sie zuweilen bei Leuten findet, die noch nicht aus dem schwäbischen Kreis hinausgekommen sind, ein hinreichender Anlaß zu sein.

Man wird uns vielmehr, wenn man uns zur Eingehung eines Südbundes auffordert, irgend ein Bedürfniß, irgend ein Interesse nachweisen müssen, welches durch solchen Bund befriedigt oder gefördert werden soll.

Man denkt bei Erwägung solcher Interessen zunächst an Interessen des Handels und Verkehrs.

Hätten wir keine gemeinschaftliche Handelsgesetzgebung, stünde der Zollverein in Gefahr, so müßten wir beides nicht nur in Gemeinschaft mit den süddeutschen Staa-

ten, sondern hauptsächlich mit dem größern und stärkern Komplex der norddeutschen Staaten, insbesondere mit Preußen zu Stand zu bringen suchen.

Dasselbe ist der Fall bezüglich der Herstellung der Einheit im Münz-, Maß- und Gewichtssystem, des Patentwesens, des Schutzes des geistigen Eigentums, bezüglich der Fragen des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenverkehrs.

Wir wollen bessern Schutz des Handels im Ausland, der deutschen Schifffahrt und Flaggens; wir haben von einer deutschen Flotte geträumt und gedichtet; ich sehe in ganz Süddeutschland kein seetüchtiges Schiff und keinen Matrosen.

Eines Aufgebens unserer Partikulargesetzgebung auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts, des Prozesses lohnt es sich nur im Austausch gegen eine allgemeine deutsche, nicht gegen eine süddeutsche Gesetzgebung.

In Norddeutschland und nicht im Süden, der theilweise gegen den Norden noch weit zurück und erst in der Organisation begriffen ist, haben wir die Muster für unsere neue Gesetzgebung geholt.

Wollen wir auf einem dieser Gebiete gemeinsame Einrichtungen, gemeinsames Recht herstellen, so erreichen wir unser Ziel leichter und sicherer, wenn wir uns unmittelbar und ungehindert an Preußen und den Norddeutschen Bund wenden und anschließen können, als wenn wir erst die Mehrheit des Südbundes für unsere Anschauungen gewinnen und durch dessen Organ mit dem Norddeutschen Bund verkehren müssen.

Der Herstellung solcher gemeinsamen inneren Einrichtungen steht der Nilsolburger und Prager Vertrag selbst nach der nachtheiligsten Auslegung nicht entgegen; wir können sie suchen und gründen, auch wenn kein Südbund errichtet, auch wenn wir nicht in den Norddeutschen Bund aufgenommen werden.

Was nun das Verhältnis nach außen betrifft, so soll der Südbund nach Wortlaut des Prager Friedens „eine internationale, unabhängige Existenz“ haben. Doch soll dem Südbund eine nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bund freistehen. Eine solche Verbindung läßt sich, wenn sie irgend von Bedeutung und Werth sein soll, nicht ohne Aufgeben eines Theils der Unabhängigkeit herstellen, und beide Sätze scheinen sich zu widersprechen.

Zur Wahrung und Vertheidigung der Unabhängigkeit des süddeutschen Bundes und seiner Territorien würden vor Allem Geld und Truppen nöthig sein. Ich weiß nicht, ob der süddeutsche Bund auch nur das zum Ausbau und Unterhaltung der Festungen nöthige Geld aufzutreiben im Stande wäre. Allein der Ausbau der Festung Rastatt erfordert die Summe von 7-8 Mill. Gulden.

Aber Das weiß ich sicher, daß der süddeutsche Bund nicht genug Truppen hat, um seine Unabhängigkeit nach allen Seiten zu behaupten.

Nur wenn wir unsere Festungen ganz entblößen und dem Feinde preisgeben, mögen wir eine Armee von 100- bis 150,000 Mann ins Feld stellen können. Es frage sich, ob diese jedem Angriff gewachsen wäre, ob man gestützt auf diese Macht jeder gegen unsere oder gegen die deutschen Interessen verstoßenden Zumuthung widerstreben und widerstehen könnte.

Aber diese Macht kann nur ins Feld gestellt werden, wenn man die Festungen entblößt. Will man diese, wie natürlich, besetzt und in Vertheidigungsstand erhalten, so wird nahezu die ganze Heeresmacht des süddeutschen Bundes durch die Besetzung der Festungen aufgezehrt.

Das badiſche Kontingent von 16,000 Mann z. B. würde gerade ausreichen, die Kriegsbefahrung für Rastatt zu stellen, und es würde dem Vordringen des Feindes im Feld kaum ein ernstlicher Widerstand entgegengesetzt werden können.

Der süddeutsche Bund scheint mir daher, auch wenn er sonst unseren Interessen entspräche, die zur Fristung der ihm zugedachten internationalen unabhängigen Existenz nöthige Macht nicht zu haben.

Das sind so vorläufig unsere Bedenken gegen die Gründung des süddeutschen Bundes. Nichtsdestoweniger werden wir diese Frage, wenn sie erst an uns gebracht wird, einer reiflichen Erwägung unterziehen.

Doch werde ich mich bei etwaiger Erörterung dieser Frage stets des Verhaltens des Staatsraths Rebenius in einer ähnlichen Frage erinnern.

Es wurde in den vier Jahren das Projekt eines süddeutschen Zollvereins beraten und betrieben. Rebenius widersetzte sich dem aufs entschiedenste, nicht weil er nicht glaubte, daß ein solcher Zollverein im Vergleich mit den damaligen Zuständen ein Vortheil für Baden sei (es wären ja doch die Zölle zwischen den süddeutschen Staaten gefallen), sondern weil er fürchtete, es müßten sich die Südstaaten in einem solchen Verein so wohl und behaglich fühlen, daß sie das Bedürfnis der Einigung des ganzen Deutschlands nicht mehr empfinden, weil er in dem süddeutschen Zollverein ein Hinderniß, wenigstens einen Aufschub für den großen deutschen Zollverein sah; und diese Opposition gegen den süddeutschen Zollverein hat anerkannter Maßen die Gründung des deutschen Zollvereins wesentlich gefördert.

Wenn wir nun vorerst kein Bedürfnis fühlen und kein Interesse haben, die Gründung eines süddeutschen Bundes anzustreben, und wenn wir ferner weder in unserem noch in national-deutschen Interesse wünschen können, daß das Großherzogthum Baden als ein scheinbar selbständiger und unabhängiger Staat in der Luft schwebt, so erübrigt nur eine Anlehnung an Norddeutschland.

Das Bedürfnis solcher Anlehnung ist schon in früheren Aeußerungen von dieser Stelle aus und in dem Bericht Ihrer verehrlichen Kommission so klar ausgesprochen und nachgewiesen, daß ich kaum Etwas hinzuzufügen wüßte.

Sie kennen, meine Herren, die Hindernisse, welche zur Zeit des Abschlusses des Friedensvertrags dem sofortigen Anschluß an den Norddeutschen Bund entgegenstanden.

Diese Hindernisse bestehen noch heute, und wir müssen auch uns Zurückhaltung auferlegen, wollen wir nicht unnöthig und vorzeitig Gefahren heraufbeschwören.

Ich sage unnöthiger Weise, denn es wird eine Zeit kommen, in der, was jetzt mit Gefahr, nicht nur für uns, sondern für das Ganze verbunden ist, sich dies durch den naturnothwendigen Gang der Dinge und Ereignisse von selbst gibt.

Wir müssen diese Zeit abwarten, und ein Mittel, diese Zeit näher heranzurücken, liegt in der Hand der süddeutschen Bevölkerung.

Ich erinnere daran, daß es ursprünglich auch nicht in der Absicht lag, das Königreich Italien zu voller und ganzer Einigung gelangen zu lassen, daß die Italiener bei dem Vollzug ihres Einigungswertes Staatsverträgen und Willensäußerungen entgegengehandelt haben, welche deutliche und bindende waren, als die in Frage stehenden Artikel der Nilsolburger Präliminarien und des Prager Friedens (ich erinnere an den Züricher Vertrag), und daß man sie gewähren ließ, weil man erkannte, daß das Bestreben der Einigung nicht in dem Ehrgeiz eines einzelnen Staatsmannes, oder in einigen Verschworenen, sondern daß es in der Nation wurzle, und daß die auf Verwirklichung dieses Bestrebens gerichteten Handlungen aus dem Bedürfnis und Willen der Nation hervorgegangen seien.

Es war schon vor den jüngsten Ereignissen in Süddeutschland stets die Rede, unser Gemüth weise uns zum Anschluß an den Süden, unser Verstand zum Anschluß an den Norden hin.

Nachdem nun Oesterreich aus dem neugefalteten und neu zu gestaltenden Deutschland ausgeschieden und kein rechter Gegenstand mehr für unsere gemüthliche Affektion vorhanden ist, denke ich, wir lassen vorerst den Verstand allein walten, und bewahren unser Gemüth für künftige Gewinnung eines ernsten Anschlusses des ganzen Deutschlands unter Preußens Führung an Oesterreich.

Die Zeit für diese Einigung des ganzen Deutschlands wird, wenn nicht unerwartete Ereignisse uns zu einem frühern, raschen Handeln drängen, dann gekommen sein, wenn die süddeutschen Bevölkerungen dunkle, unbegründete Antipathien abgelegt und zur klaren Erkenntniß ihres eigenen wahren Vortheils und der Grundbedingungen der künftigen Größe und Macht Deutschlands gekommen sein werden, wenn sie diese Erkenntniß aussprechen und danach handeln.

Sie, meine Herren, sind berufen, der Stimmung des badiſchen Volkes Ausdruck zu geben.

Ich zweifle nicht, daß Sie nach dem großen Vorgang der Kammer der bayerischen Abgeordneten sich für einen thunlichst frühen Anschluß an den Norddeutschen Bund aussprechen werden.

Wachen Sie die in dem Kommissionsbericht niedergelegten Wünsche zu dem Ihrigen, so wird die große Regierung nicht säumen, in jedem Moment Alles zu thun, was zu deren Verwirklichung führen kann.

Man verlangt von einer Seite, daß wir den Anschluß an den Norddeutschen Bund, den Eintritt in denselben von Bedingungen abhängig machen.

Ich würde glauben, daß die Absicht der Antragsteller, wenn es ihnen wirklich um Anschluß an Norddeutschland, um Herstellung eines einzigen Deutschlands, und andererseits um Rettung der inneren Einrichtungen und Freiheiten des Landes zu thun ist, durch Zustimmung zu Nr. 11, 2 des Kommissionsantrags erreicht und gewahrt würde.

Hienach können wir trachten und streben. Hätte der Antragsteller die Verhandlungen über den Waffenstillstands- und Friedensvertrag geführt, so würde er gefunden haben, wie schwer es für den Schwächeren und Besiegten ist, dem Stärkeren und Sieger Bedingungen zu stellen.

Für uns ist der Anschluß an Norddeutschland eine Existenzfrage; er ist zudem der einzig mögliche Weg der Rettung der Einheit Deutschlands. Preußen und der Norddeutsche Bund können ohne uns existiren, sind vielleicht sogar in der Vertheidigungsstellung ohne uns stärker als mit uns.

Wenn wir unannehmbare Bedingungen stellen, wird man uns einfach abweisen, oder, wenn die Zeit danach angethan ist, und wie mit einigen norddeutschen Staaten geschehen ist, uns gegen unsern Willen dem Ganzen unterordnen.

Uebrigens sind unsere inneren Einrichtungen und unsere freisinnigen Gesetze durch Anschluß an Norddeutschland nicht gefährdet. Es gab und gibt in Norddeutschland eben so freisinnig eingerichtete und regierte Staaten, als der untrüge; ich nenne das Großherzogthum Weimar und Herzogthum Sachsen-Koburg, Braunschweig und Oldenburg; man hat nicht gehört, daß bei ihrem Eintritt in den Norddeutschen Bund ihren inneren Einrichtungen und ihren Freiheiten zu nahe getreten worden wäre.

Wohl hat man in Berlin in der letzten Zeit vor dem Krieg nicht ganz konstitutionell regiert. Jetzt aber sieht Jeder ein, daß diese Regierungsweise nicht auf reaktionären Gelüsten, auf einem förmlichen System beruhte; daß sie vielmehr eingehalten wurde und eingehalten werden mußte, weil man einen großen Gedanken in der Brust trug, zu dessen Verwirklichung man Geld und guterequirirte Truppen brauchte und dessen Ausführung unumgänglich oder erschwert geworden wäre, hätte man ihn vor 3- bis 400 Abgeordneten ausgesprochen.

Hätte man im Norden allgemeine freiheitsfeindliche Bestrebungen, so war, als wir in Würzburg und Berlin erschienen, um Waffenstillstand und Frieden zu erlangen, sehr gute Gelegenheit und nahe Verjuchung, uns anzudeuten, daß unsere Verfassung, freisinnige Ge-

setzgebung, konstitutionelle Regierungsweise nicht tauglich sei.

Ich kann aber hier, unter der Kontrolle der Deffentlichkeit und zum Gehör der preussischen Staatsmänner, mit denen ich verkehrt, versichern, daß, geschweige eine Zumuthung, auch nicht die entfernteste Andeutung in dieser Richtung gefallen ist.

Weder in den bisherigen Verhandlungen, noch in den Vorgängen seit Gründung des Norddeutschen Bundes ist irgend ein Anlaß zu einer Verwahrung gegeben, wie sie von einer Seite verlangt wird.

(Schluß der Sitzung folgt.)

Deutschland.

München, 18. Okt. (Schw. M.) In bayerischen Blättern spricht sich Bewunderung darüber aus, daß Hr. v. Neumayr in derselben Stellung wie sein Vorgänger Pfistermeister an die Spitze des Kabinetts tritt, und daß er nicht darauf beharrt habe, als Minister ohne Portfeuille aus dieser so heftig angegriffenen Stellung herauszukommen. Der Grund ist der, daß die übrigen Minister erklärten und Hr. v. Neumayr auch zugab, daß nach der bayerischen Verfassung jeder Minister in seinem Geschäftskreis verantwortlich ist, daß also der Minister ohne Portfeuille eben auch nur ein unverantwortlicher Rathgeber des Königs wäre, wie dies seither schon gewesen. Daraufhin wurde das Arrangement getroffen, wie es bekannt ist: die Personen des Kabinetts sollen wechseln, die Befugnisse aber bleiben die frühern. Bei dieser Gelegenheit mag indeß bemerkt werden, daß die fraglichen Ernennungen noch nicht vollzogen sind, was immerhin deßhalb in Betracht zu ziehen ist, weil bis zu dem für den Wechsel in Aussicht genommenen Termin, bis 1. Dez., noch Manches sich zu ändern vermag. — Der frühere preussische Gesandte, Prinz Reuß, wird demnächst hier erwartet, um seine neuen Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Von Seite des diesseitigen Gesandten in Berlin, Grafen Montgelas, ist dies bekanntlich schon vor Wochen geschehen.

× Aus der Landgrafschaft Homburg, 21. Okt. Der Großherzog-Landgraf macht im neuesten Regierungsblatt bekannt, daß er in Folge des Friedensvertrags die Landgrafschaft Homburg, einschließlich der beiden in der preussischen Provinz Sachsen gelegenen hessen-homburgischen Domanialgüter Hötensleben und Debitz, ferner mit Ausnahme der in dem Neßbenschloß zu Homburg v. d. H. befindlichen Gemälde, Bibliothek und Sammlung mit allen Souveränitäts- und Domaniatrechten an den König von Preußen abgetreten hat. Zugleich entbindet er die Unterthanen, geistliche und weltliche Beamte und Diener, sowohl vom Militärs- als vom Zivilstand, ihrer Unterthanen- und Dienstpflichten. Dann fährt die Bekanntmachung fort:

Es ist uns nach dem Rathschluß der Vorsehung zwar nur kurze Zeit vergönnt gewesen, die Regierung über das Landgrathum zu führen; aber während dieser kurzen Zeit sind uns von Seiten der Bewohner dieses Landes Beweise der Liebe und Anhänglichkeit gegeben worden, für die wir stets erkenntlich bleiben werden. Wir danken insbesondere nochmals den braven hessen-homburgischen Truppen, unter Einbindung derselben von dem uns geleiteten Fahnenfeld, für ihre treuen Dienste. Indem wir sämmtlichen Unterthanen, Beamten und Dienern in dem abgetretenen Gebiete empfehlen, sich der neuen Landesregierung mit derselben treuen Gefinnung zuzuwenden, mit welcher sie bisher dem heilsamen Hause zugethan waren, begleiten wir auch für die Zukunft die Bewohner des Landgrathums mit unsern besten Wünschen.

Ferner enthält das Regierungsblatt eine die Uebernahme des Oberamts Weisenheim für die Krone Preußen betreffende Bekanntmachung, vorbehaltlich der formellen Einverleibung in das preussische Staatsgebiet. — Die Truppen des ehemaligen hessen-homburgischen Kontingents tragen seit dem 17. d. die schwarzweiße Kokarde. Sie gehen fast sämmtlich auf unbestimmte Zeit in Urlaub.

Wiesbaden, 21. Okt. (Fr. Z.) Die Vertheidigung der ehemals nassauischen Truppen steht bevor; dieser Tage wurden dieselben in ihre alten Garnisonen Wiesbaden, Weilburg und Dieß einberufen. — Aus dem Nassauischen wandern mehrere junge Leute nach Amerika aus; wie man vermuthet, um der Militärpflicht aus dem Wege zu gehen.

Koburg, 19. Okt. (Kob. Z.) Der am 1. d. zusammengetretene Ausschuß des Landtags des Herzogthums Koburg hat gestern nach Erledigung seiner Vorlagen seine Thätigkeit geschlossen. Der Landtag selbst wird wahrscheinlich bis nächsten Donnerstag wieder zusammentreten.

Leipzig, 21. Okt. (Fr. Z.) Der Stadtrath veröffentlicht heute die ihm Namens des Königs von Seiten der Landeskommission in Dresden, d. d. 16. d., gewordene Antwort auf die Adresse des Erstern, d. d. 4. d. Die Hauptsätze lauten:

Das Herz Sr. Maj. ist von schmerzlichen Gefühlen bewegt bei der Kunde von allen den schweren Prüfungen, welche die Vorsehung in Folge der Ereignisse der letzten Monate über Sachsen und dessen Bewohner verhängt hat. Sehnsuchtsvoll blickt Sr. Maj. dem Augenblick entgegen, wo denselben ein Ziel gesetzt und wo es Allerhöchstderselben vergönnt sein wird, inmitten ihres geliebten Volkes zurückzukehren. Um diesen Zeitpunkt herbeizuführen, bedarf es aber nicht bloß einer Entschließung, wie der Rath der Stadt Leipzig nach „der allgemeinen Auffassung“ zu glauben geneigt ist. Zu den größten Opfern für das Wohl ihres Volkes bereit, vermögen Sr. Maj. aber auch jetzt noch nicht den Umfang der Bedingungen zu übersehen, von deren Gewährung der Abschluß des Friedens und zugleich auch der Eintritt der Verurteilungen in der Arme abhängig gemacht werden wird. Die Segnungen desselben dem Lande zurückgegeben zu sehen, ist der heißeste Wunsch Sr. Maj. Diesem Ziel gebort ihr ernstliches Streben. Möge die Treue des sächsischen Volkes, die sich auch wieder in dieser Zeit der Trübsal so schön bewährt, sich auch ferner nicht verflüchten; möge es mit Vertrauen und Ergebung ausarten! Unter Gottes gnädigem Beistand wird es hoffentlich in nicht ferner Zeit gelingen, dem Lande einen Frieden zu sichern, der die Wunden, welche der Krieg geschlagen, heilt, und unter dessen Schutz der frühere Wohlstand wieder erblühen wird.

Dresden, 19. Okt. Das „Dresd. Journ.“ enthält nachstehende Berichtigung:

Die hiesige „Constitut. Ztg.“ vom 18. d. M. bringt auf Grund anderer Zeitungen folgende drei Nachrichten: 1) Daß die Landeskommission sich gegen die Verpflegung der in den Kasernen einquartierten Mannschaften auf Kosten des Staates „sträube“; 2) daß der König die Summe von 11 Millionen „berge“; 3) daß die sämtlichen, bei der Armee befindlichen Reservisten bereits Urlaub erhalten haben sollen. Wir sind in der Lage, versichern zu können, daß diese Angaben völlig unbegründet sind.

Gestern wurde durch den Oberbürgermeister Pfotenbauer der Landeskommission eine Adresse der hiesigen städtischen Kollegien übergeben, der wir folgende Stellen entnehmen:

Eine Zeit schwerer Prüfung ist über Ew. Königl. Maj. und über unser Land und Volk, besonders aber über die Königl. Residenz- und Hauptstadt Dresden gekommen. Das Volk hat die Prüfung still und geduldig ertragen. Die dazu nötige Kraft hat dasselbe in dem Vertrauen auf Gott, in der eidiich angelobten Treue gegen Ew. Maj. und die Landesverfassung, sowie in der Hoffnung gefunden, daß es Ew. Maj. Staatsweisheit und Liebe zu Sachsen und Deutschland gelingen werde, von der Hoheherzigkeit und Gerechtigkeit Ew. Maj. des Königs von Preußen einen, die gesunde staatliche Existenz unseres engeren Vaterlandes in dem norddeutschen Bundesstaat ermöglichenden Frieden zu erlangen. Zugleich färbte und die Zuversicht, daß dann Sachsen als gleichberechtigtes Mitglied des norddeutschen Bundesstaates im Wettkampf mit den übrigen Gliedern desselben im Innern und in Erfüllung der gleichen Pflichten gegen den Bundesstaat ebenbürtig sich zeigen werde. Auch wurde unser Glaube an den unvergessenen Abschluß des Friedens durch das Vertrauen geboten, daß Ew. Maj. der König von Preußen zu Gunsten der, der l. preussischen Regierung und dem Parlament zu übertragenden Bundesgewalt nicht größere Beschränkungen der Militärhoheit Sachsen fordern werde, als die Vertreter der deutschen Nation in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 zu Gunsten der deutschen Reichsgewalt für eben so notwendig als hinreichend gehalten haben.

Die Adresse schließt mit der Bitte:

Allerhöchstdieselben wollen in den Bestrebungen, den Abschluß des Friedens mit der Krone Preußens ehebaldig herbeizuführen, nicht ermüden und die Rüstung Ew. Maj., sowie der tapfern Armee zu beschleunigen gerufen.

Dresden, 22. Okt. Die „Constitut. Ztg.“ meldet: Die gestern abgehaltene Volksversammlung hat beschlossen, bei der Landeskommission gegen den Zusammentritt der realisierten Stände, welche weder rechtlich noch sachlich Volksvertreter seien, zu protestieren und eine Petition um sofortige Anordnung von Wahlen zu einer verfassungsmäßigen Volksvertretung einzureichen.

Oldenburg, 20. Okt. Ueber den Vertrag mit Preußen wird dem „Oldenb. Tagesbl.“ noch folgendes Nähere mitgeteilt: „Der Inhalt des am 27. Sept. abgeschlossenen und am 16. d. M. im auswärtigen Ministerium ratifizierten Vertrags bezieht sich ausschließlich auf die schleswig-holsteinischen Interessen des Großherzogs, und berührt die Verhältnisse des Herzogthums und des Fürstenthums Wirtensfeld nicht. Das vereinbarte Äquivalent für den Verzicht des Großherzogs auf die schleswig-holsteinischen Erbansprüche des Gottorpschen Hauses besteht zum Theil in Territorialabtretungen, zum Theil in einer namhaften Geldentschädigung. Die Territorialabtretungen, welche die Vergrößerung und Arrondirung des obenburgischen Fürstenthums Lübeck zum Zweck haben, befallen das holsteinische Amt Ahrensböf und die an das Fürstenthum Lübeck grenzenden sogenannten lübischen Distrikte, nämlich die adeligen Güter Storfelsdorf, Dunkelstorf, Eckhorst, Steinrade und Moorle, und die Dörfer Böbs, Schwienkenrade und Schwochel. Der für Oldenburg dadurch erlangte Territorialzuwachs beläuft sich auf im Ganzen drei bis vier Quadratmeilen, mit einer Bevölkerung von 11 bis 12,000 Seelen; die organische Verbindung zwischen den von einander getrennt liegenden obenburgischen Aemtern Gutin und Schwartau wird durch denselben hergestellt. Außerdem ist die bisher hohle Hohenheit über den fast ganz von obenburgischem Territorium eingeschlossenen Dieksee im Amt Gutin an Oldenburg abgetreten. Die Uebergabe der mit Oldenburg zu vereinigenen Distrikte dürfte, wie es heißt, schon bald erfolgen.“ Von anderer Seite wird bestätigt, daß die obenburgische Enklave Wirtensfeld in der Rheinprovinz von dem Vertrage nicht berührt wird; doch würde das preussische Gebiet am Jadebusen einige Ausdehnung erfahren. Der Vertrag wird in der nächsten Session des preussischen Landtags gleichzeitig mit dem Vertrag wegen der Einverleibung Schleswig-Holsteins zur Disposition gelangen.

Kiel, 22. Okt. Die die Herzogthümer betreffende allerhöchste Verordnung über die mit dem 1. Januar 1867 beginnende Militärverwaltung nebst Organisationsbestimmungen ist erschienen.

Berlin, 22. Okt. Dem Vernehmen nach wird die Gesetzsammlung in den nächsten Tagen das Wahlgesez für den Norddeutschen Bund veröffentlichen. Von Seiten der Regierung sind bereits Anordnungen getroffen, um eine schnelle Abgrenzung der Wahlbezirke zu ermöglichen. Doch ist eine baldige Ausschreibung der Wahlen und eine baldige Berufung des Bundesparlamentes nicht zu gewärtigen. Eines Theils sind dazu noch Vereinbarungen mit den übrigen Bundesregierungen nötig; andern Theils ist die Beendigung der preussischen Landtags-Session abzuwarten. Letztere dürfte mindestens drei Monate dauern. — Das Gesetz wegen Erhöhung des Bankkapitals um 5 Millionen Mthr. ist nunmehr vollzogen und wird demnächst ausgeführt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Okt. (Sch. M.) General Graf Clam-Gallas ist durch ein kais. Handbillet gänzlich rehabilitirt worden, die Generale Benedek, Henikstein und Krizmanik werden im Gnadenwege pensionirt, ein paar subalterne Offiziere wurden erschossen, einige Stabsoffiziere lastirt, das ist das Ergebnis der seiner Zeit mit so großem Pomp angekündigten kriegsrechtlichen Untersuchung. Ueberrascht hat

übrigens dieser Ausgang nicht; geht doch Alles im alten Schlandrian fort. In der Bevölkerung herrscht eine allgemeine Hoffnungslosigkeit, eine allgemeine Stagnation droht jeden politischen Aufschwung zu erlöchen, die mit so großem Pomp angekündigte innere Aktion läßt sich immer auf sich warten, und der Wiederaufbau der Monarchie ist mehr denn je in Frage gestellt. Das aber ist nicht anders möglich; herrscht doch selbst in jenen Kreisen, welche als das Triebrad der Verwaltungsmaschine angesehen werden, eine erschreckende Apathie, Nüchternheit und Mißvergnügen.

Wien, 23. Okt. (Sch. M.) Die „N. Fr. Presse“ vernimmt positiv, daß Hr. v. Beust wahrscheinlich demnächst zum österreichischen Minister des Auswärtigen ernannt werden werde. — Der italienische Geschäftsträger Graf Atti-Appizzoni ist hier eingetroffen.

Italien.

* Florenz, 19. Okt. Die offizielle Zeitung veröffentlicht heute einen Bericht des Ministerpräsidenten an den König in Betreff des Plebiszits. Es heißt darin u. A.:

Ihre Regierung bittet Ew. Maj., zugeben zu wollen, daß die Venezianer berufen werden, mittelst eines Plebiszits ihren Willen zu bekunden. Die Regierung Ew. Maj. hat es für passend gehalten, selbst bei dieser Gelegenheit dem Prinzip zu huldigen, welches unserem nationalen Recht zu Grund liegt. Alle anderen Bevölkerungen Italiens sind berufen worden, obgleich sie unter einer andern Form, deren Nothwendigkeit nicht in Zweifel stand, ihren Willen ausgesprochen hatten. Darum hat es der Regierung nicht passen geschienen, den Venezianern den Weg zu verschließen, der sie unter denselben Verhältnissen wie die anderen Völker der Halbinsel in den Schoß der italienischen Familie führen soll, und ihnen erlaubt, noch einmal auf die feierlichste und unbestreitbarste Weise dieses Italienerthum oder dieses Nationalgefühl zu proklamiren, welches sie ungeachtet langer und harter Prüfungen stets proklamirt haben. Für eine neue Nation, die noch keineswegs dazu gelangt ist, alle ihre Theile in ein einziges Band zusammenzufassen, gebührt es sich mehr als für andere, auf jede Weise und bei jeder Gelegenheit das neue Recht zu bekunden, welches, nachdem es ihr als Motiv gedient hat, um anzufangen, sich zu konstituiren, ihr ebenso als Formel dienen wird, um sich zu vervollständigen.

* Florenz, 20. Okt. General Revel, welcher dem König angezeigt, daß das italienische Banner auf dem Markusplatz wehte, erhielt von demselben folgende Antwort durch den Telegraphen zugesandt:

Ein General Revel in Venedig. Tausend Dank, General! Ich bin glücklich, heute die Bestrebungen so vieler Jahrhunderte realisiert zu sehen. Italien ist einig und frei. Mögen jetzt die Italiener es verstehen, es zu verteidigen und es so zu behalten. Victor Emanuel.

Frankreich.

* Paris, 22. Okt. Der „Patrie“ zufolge melden Depeschen aus Mexiko vom 26. Sept., daß die mit der Regierung des Kaisers Maximilian angeknüpften Unterhandlungen in Betreff der Rückkehr der französischen Truppen guten Fortgang haben, daß zufolge des Arrangements, welches getroffen ist, dieselbe unter ganz neuen Bedingungen stattfinden wird, und daß die Organisation der mexikanischen Armee bereits so weit vorwärts gegangen sei, daß sie im Dezember beendigt werden wird.

Das Leichenbegängniß des Hrn. Thouvenel fand heute Mittag in der Kirche St. Sulpice mit großem Pompe statt. Die Kirche war auswendig schwarz behangen und inwendig sehr reich geschmückt; die Hügel des Baartuches wurden gehalten vom Staatsminister Hrn. Rouher, dem ersten Präsidenten des Rechnungshofes, Hr. v. Roger, dem Grafen Walewski und dem Hrn. v. Moustier. Der Trauerzug wurde eröffnet vom Schwager des Verstorbenen, Hrn. Guvillier-Fleury, und den beiden Söhnen des Hrn. Thouvenel, wovon einer 14, der andere 10 Jahre alt ist. Man bemerkte im Trauerzuge die Equipagen des Kaisers und des Prinzen Napoleon und 6 Wagen der Stadt Paris. — Börse geschäftslos. Rente 68.72 1/2, Cred. mob. 62 1/2, ital. Anl. 55.85.

Belgien.

Brüssel, 21. Okt. (Köln. Ztg.) Gestern ist die Reihe von Festen, die das internationale Preischießen begleiteten, mit einem großen Banket, welches der König den fremden Schützen gab, beendet worden. Dieses Banket fand in einem Lagerhause der Entrepots statt, welches für diesen Zweck glänzend dekoriert und in einen prachtvollen Festsaal verwandelt worden war; es waren 1200 Gäste anwesend, worunter etwa 800 Engländer. Der König brachte folgenden Toast aus: „Begeistert von dem Gefühle aufrichtiger Freundschaft, welche ich für die fremden Monarchen hege, und im Geiste der internationalen Vereinigung, welche unsere Feste charakterisirt hat, trinke ich von ganzem Herzen auf das Wohl der Fürsten, deren Länder hier so wohl vertreten sind.“ Der französische Gesandte dankte mit wenigen Worten im Namen des Kaisers und des diplomatischen Korps. Der Oberst Lloyd Lindsay hielt eine Rede theils in englischer, theils in französischer Sprache, worin er des Königs Leopold rühmend erwähnte. Der König hielt dann eine Rede an die englischen Schützen in englischer Sprache. Auf einen Toast des Obersten Dehespe von den französischen Nationalgardien erwiderte der König u. A.: „Belgien hat nicht vergessen, wie viel die Gründung seiner Unabhängigkeit Ihrem großmüthigen Vaterlande verdankt. Ich schätze mich glücklich, das heutige Frankreich und dasselbe Wohlwollen bewahren zu sehen, und daß die Sympathien der beiden Völker den vortrefflichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen so vollkommen entsprechen.“ Den Toast des Obersten Weber von den holländischen Schützen erwiderte der König mit dem Ausdruck seiner wohlbekannten Sympathie für die patriotische niederländische Nation. Die „Indep. belge“ schließt einen Leitartikel über die Bedeutung dieser Feste mit den Worten: „Dieses Fest zeigte, welchen Rang unser Land in der Achtung von Europa einnimmt, wie sehr sich mächtige Nationen für sein Wohlergehen interessieren, und wie hoch seine liberalen Institutionen überall geachtet werden.“

Baden.

Karlsruhe, 22. Okt. Vergnügen Sie mir einige Worte der Erinnerung an die seltene Beamtenlaufbahn des durch höchste Entschliebung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs vom 8. d. M. in Ruhestand getretenen Hrn. Landeskommissars Geheimenraths Dr. Schaaff. Seit 52 Jahren widmete Schaaff seine Dienste dem Vaterland, 1814 und 1815 als Kämpfer in den Freiheitskriegen, Leutnant und Oberleutnant; von 1819 an als Verwaltungsbeamter, Amtsassessor in Labr. Mit mannichfachen ausgezeichneten Posten schon früher betraut, wirkte der unermüdete Beamte 1849 als General-Landeskommissar bei den Königl. preuß. Truppen in hervorragender und verantwortlicher Stellung. Während seiner Kammerthätigkeit vertrat Geh. Rath Schaaff seit 1831 ununterbrochen den Bezirk Eberbach-Mosbach, an welchem letztem Ort er schon 1820 provisorischer Amtsvorstand geworden war. Auch die Kammer ehrte sein Wirken durch wiederholte Wahl zum Vizepräsidenten. Die neue Verwaltungsorganisation brachte dem beruhten und mit den Bedürfnissen gerade der obere Landesstelle durch langjähriges Wirken theils als Stadtdirektor, theils als Regierungsdeputirter in Freiburg (schon 1837 und dann wieder von 1851 an) besonders vertrauten Mann die Stellung als Landeskommissar der Kreise Freiburg, Waldsüt und Strach. Geh. Rath Schaaff verläugnete in seiner mehr als halbhundertjährigen dienstlichen Laufbahn niemals den gewissenhaften, ehrenfesten, mit allen Opfern hilfereiten Menschen und Beamten. In seine wohlverdiente, ehrenvolle Ruhe begleiten ihn die Anerkennung seines Fleißes und die besten Wünsche eines zahlreichen Theils der Bevölkerung, der er mit Rath und That so lange und so wirksam zur Seite stand. Möge das rühmliche Greisenalter des verdienten Mannes dauern und freudvoll sein.

Konstanz, 22. Okt. (Konst. Ztg.) Heute Morgen 11 Uhr fand im Beisein Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Frau Großherzogin, Höchstselige vom ten Brinck'schen Haus aus der Feier zuschauend, die Enthüllung der Wessenberg-Büste statt. Eine dichtgedrängte Menschenmenge wohnte dem erhebenden Schauspiel bei. Die Festrede hielt Hr. Oberamtmann Stöffer; er leserte in derselben ein kurzes Bild der Thätigkeit und der Persönlichkeit Wessenberg's und entwickelte die Gründe, aus denen zwar die Wessenberg-Stiftung als würdiges, geistiges Denkmal für den Hingeschiedenen erkannt, doch aber die Aufstellung seines Bildes zur Aneinerung für alle Geschlechter für nichtig betrachtet worden sei. Die Vereine „Voban“ und „Eintracht“ verherrlichten die Feier durch Festgesänge.

Vermischte Nachrichten.

— Lausach, 19. Okt. Nächsten Donnerstag wird die feierliche Grundsteinlegung zu einem Denkmal stattfinden, welches der Johanner-Orden zum Andenken an die am 13. Juli im Gefecht bei Frohnhofen gefallenen Helden errichten läßt. Dasselbe wird auf das große Hefengrab an der Böschung nächst Frohnhofen zu stehen kommen und aus einem Sandsteinsockel mit hohem eisernem Kreuz bestehen.

— Frankfurt, 21. Okt. (Fr. Z.) In den hiesigen katholischen Kirchen wurde gestern Vormittag wegen Wiederherstellung des Friedens ein feierlicher Dankgottesdienst abgehalten, bei welcher Gelegenheit ein Hirtenbrief des Bischofs von Limburg an seine Diözesanen zur Verlesung kam. Der Hirtenbrief bezeichnet als seinen Gesichtspunkt, von welchem er ausgehe, den reichthümlichen, nicht den politischen; darum empfiehlt er auch, nachdem die königlichen Patente erschienen, mit dem Apostel der neuen Regierung in Ehrfurcht, Gehorsam, Liebe und Treue, welche man der früheren Regierung dargebracht, unterthan zu sein.

— Kiel, 20. Okt. Man schreibt dem „Fr. Journ.“: Die Treitschke'sche Angelegenheit scheint endlich zum Abschluß kommen zu sollen. Herr v. Treitschke, der seit einigen Tagen in unserer Stadt weilte, hat sich nämlich bereit erklärt, in seiner Antrittsvorlesung den Schleswig-Holsteinern und insbesondere der Universität Kiel eine Ehren-erklärung zu geben, und wird Schmel-Bissen jetzt nicht länger anstreben, Treitschke's Berufung durch das Verordnungsblatt bekannt zu machen.

— Danzig, 17. Okt. (Danz. Z.) Nach einem hier eingetroffenen Privat Schreiben ist der österr. Feldwebel Hütka, welcher sich seit längerer Zeit hier als Kriegsgesangener befand, in Siederau erschossen worden. Derselbe hatte sich in Preußen Anfangs für die ungarische Legion anwerben lassen, war aber dann in das Verhältniß eines Kriegsgesangenen zurückgekehrt und als solcher nach dem Friedensschluß an Oesterreich ausgeliefert worden.

Markt, 21. Okt. (Weinpreiszettel.) (Konst. Ztg.) Pariser 12-16 fl. per Dm, Vorrath 250 Fuder. Kaufstuf gering.

Freiburg, 22. Okt. (Fr. Ztg.) Der Herbst ist bis jetzt in unserm Oberland so ziemlich vorbei. Die Quantität ist die eines großen Herbstes; die Qualität wird die vom Jahr 1864 an Säfte übertreffen. Gewicht nach der Drehscheiben Waage von 62 bis 74 Weiser und 44 bis 66 Kother. Die Preise schwanken zwischen 40 bis 55 fl. per Fuder (265 Maß).

Marau, 22. Okt. Im hiesigen Hafen sind eingelaufen: Schlepboot „Mühlheim VII.“ mit den Schiffen „Johanna“ (374 Ztr.), „Sum Quaque“ (4499 Ztr.) und „Henriette“ (3986 Ztr.), dann Schlepboot „Franz Daniel VI.“ mit dem Schiff „Großherzogin Luise von Baden“ (12,431 Ztr.), sämtlich mit Kohlen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
21. Okt.					
Morgens 7 Uhr	28° 1.63	+ 2.5	N.O.	rein	heiter, frisch
Mittags 2	„ 1.43	+ 5.5	„	„	„ mild
Nachts 9	„ 1.02	+ 5.5	„	„	„ frisch
22. Okt.					
Morgens 7 Uhr	28° 0.57	0.5	N.O.	rein	heiter, Reif
Mittags 2	„ 11.87	- 9.0	„	„	„ mild
Nachts 9	„ 11.70	- 4.5	schw. bew.	„	„ frisch

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Koenlein.

Theater in Baden.

Mittwoch 24. Okt. Erlauben Sie, gnädige Frau; Lustspiel in 1 Akt, nach Labiche und Delacour. Hierauf: Der beste Ton; Lustspiel in 4 Akten, von Dr. Karl Löwy.

